

2. Ldtgs.Zl. 158-5/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa betreffend Änderung des Kärntner Landes- und Sicherheitspolizeigesetzes

Berichterstatte ist Abgeordneter Klubobmann Mag. Grilc. Ich erteile ihm das Wort und ersuche ihn, zu berichten!

Lobnig

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Mag. Grilc

Einmal Ton, bitte! Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man würde mich möglicherweise auch ohne Mikrophon verstehen. Aber für das Protokoll ist es, glaube ich, einfacher und für die Zuhörer selbstverständlich ebenfalls!

Ich darf aus dem Ausschuss berichten, dass die Grundlage für diesen Tagesordnungspunkt ein Antrag der ÖVP vom 4. April 2006 war. Im Hintergrund standen Probleme mit dem Bettlerunwesen, zunächst einmal in der Stadt Villach. Von dort ist die Initiative offenbar auch gekommen, wie es in der Begründung des Antrages lautet. Im Ausschuss hat man dann unter Beiziehung von entsprechenden Fachleuten diese Materie diskutiert und letztlich einen mehrstimmigen Antrag an den Landtag gestellt.

Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Schwager das Wort.)

Mag. Grilc

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Schwager

Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich als Vertreter der Freiheitlichen Partei werde diesem Antrag die Zustimmung geben, weil Ähnliches von der Freiheitlichen Partei schon seit längerem verlangt wird. Was sagt dieser Beschluss aus? Er versetzt Gemeinden, die von diesem Bettlerunwesen betroffen sind, in die Lage von sich aus Verordnungen zu erlassen, um dagegen auftreten zu können. Ich hoffe, dass uns die Landesregierung eine Gesetzesvorlage macht, die brauchbar ist und die einen Durchgriff ermöglicht.

Ich möchte zu dieser eher unerfreulichen Angelegenheit noch ausführen, dass es dank der Europäischen Union möglich ist, dass das Bettelwesen in Österreich wieder auftritt. 90 Prozent oder mehr wird von Nichtösterreichern durchgeführt! Ich kann noch berichten, dass ich in diesem unmittelbaren Bereich – Klagenfurter Fußgängerzone/Alter Platz, wo sich das auch abspielt – im Gegensatz zum Herrn Caritas-Präsidenten jedem, auch um mein Gewissen zu beruhigen, eine Kleinigkeit – 1,- bis 2,- Euro – gebe. Und ich weiß nicht, wer sich erinnern kann: Da hat einmal einer mit seinem kleinen, lieben, struppigen Hund gebettelt. Das hat mich so ergriffen, dass ich am liebsten in das nächste Geschäft gelaufen wäre, *(Abg. Ing. Haas: Und eine Wurst gekauft hast!)* um auch für den Hund noch ein Futter zu besorgen. Ich habe das aber dann unterlassen und ihm halt eine bessere Spende gegeben. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das war ein Fehler!)* Das ist kein Fehler! Denn so etwas muss gesetzlich und auf dem Verordnungsweg geregelt werden, damit der Normalbürger gar nicht in diese Gewissenskonflikte kommen kann, denn Österreich ist ein vorzüglicher Sozialstaat! Und kein Staatsbürger ist genötigt zu betteln! Wie ich schon eingangs sagte, gibt es hier viel Tourismus nach Österreich und es kann dem nicht Vorschub geleistet werden!

Ein Beispiel noch: Ein Schulfreund von mir, der sich über 30 Jahre lang in Australien befindet und eine Schwester in Graz hat, war bei seiner Schwester. Dann hat er mich besucht und festgestellt, dass sich die Republik in diesen über 30 Jahren vor allem im urbanen Bereich total verändert hätte – wie er meint, zum Nachteil Österreichs. Und er hat auch gesagt, dass das kein Bild macht, wenn da an jeder Ecke gebettelt wird, und das ist abzustellen! Jedem, der ein soziales Problem hat, ist anders zu helfen!

Die ganze Welt – die Erdkugel – besteht aus geschätzten 6,5 Milliarden Einwohnern. Davon geht es vielen sehr schlecht und das kleine Österreich wird nicht allen diesen Menschen helfen können! Denn dann sind wir selber bald so weit, dass wir an den Bettelstab kommen würden. Jeder Bürger dieser Welt ist in irgend einem Staat zu Hause, wo es Politiker gibt, die die Aufgabe haben, für ihre Bürger Sorge zu tragen, damit es eine soziale Ausgewogenheit gibt! Und besonders unsere Anrainerstaaten, die jetzt alle selber in der EU sind, haben für eine soziale Gesetzgebung zu sorgen, damit so etwas – dieser Betteltourismus – nicht mehr notwendig ist! Österreich trägt dazu ausreichend bei, weil wir im Rahmen der EU als Nettozahler für diese neu

hinzugetretenen Staaten sehr eintreten! Also, ich werde diesen Beschluss mittragen und dem die Zustimmung geben!

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Lesjak das Wort.)

Schwager

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Mag. Lesjak

Verehrter Präsident! Hohes Haus! Geschätzte hier noch verbliebene Kolleginnen! Das Bettelverbot: Soweit mir bekannt ist, hat es geheißen, dass das Problem von Villach ausgegangen ist. Was ich weiß, hat der Gemeinderat in Villach das Bettelverbot nicht beschlossen! Der hat es abgelehnt, soweit mir das bekannt ist! Also dürfte das Problem dort nicht so groß gewesen sein, dass sie so eine Maßnahme beschlossen haben! Prinzipiell lautet die Frage: Was ist eigentlich das Problem? Was soll mit diesem Bettelverbot gelöst werden? Warum ist das genau jetzt ein Problem? Es hat weder Anlässe noch irgendwelche Beschwerden von der Bevölkerung gegeben. Es gab keine Übergriffe von Bettlern oder sonst irgend etwas! Selbst die Sicherheitspolizeidirektion sagt, dass da überhaupt keine Gefahr in Verzug ist. Die Landschaft ist da nicht besonders auffällig, es sind friedliche Bettler. Das aggressive Betteln ist ja bereits verboten, das sagt selbst die Polizei! Wir sehen nicht, welches Problem wir jetzt eigentlich lösen sollen.

Zweitens: Was heißt organisiertes Betteln? Denken wir darüber nach, was „organisiert“ eigentlich heißt. Ein gewisser Grad an Organisiertheit ist bei Einzelpersonen und bei Gruppen immer vorhanden. Wenn eine Person entscheidet, ich stelle mich fünf Stunden in die Bahnhofstraße und gehe dort betteln, dann gibt sie Zeit und Ort vor. Das heißt: Sie ist organisiert! Wenn jetzt mehrere in die Bahnhofstraße gehen, reden sie sich das auch aus. Auch sie sind organisiert. Wenn ein paar Leute aus Rumänien oder sonst woher kommen und gemeinsam mit einem Auto herfahren, ist das auch etwas Organisiertes. Ein gewisser Grad von Organisation steht immer dahinter! Nur finde ich, dass das übertrieben ist und auch falsch, wenn man hier von einem Bandenwesen spricht, nur weil ein paar Leute gemeinsam mit einem Auto hier ankommen! Das ist lediglich eine Fahrgemeinschaft, sowie der eine Bettler erzählt hat, der ein Interview in der Kleinen Zeitung gegeben hat. *(Abg. Trettenbrein: Jetzt sitzen wir schon mit den Bettlern in einem Boot!)* Der hat erzählt, dass er mit einem Menschen aus Rumänien herauffährt und dem 100,-- Euro für die Fahrt gibt. Mit dem Zug würde er mehr zahlen. Und da von einem organisierten Bettlerwesen zu sprechen, ist wohl ziemlich übertrieben und ziemlich vermessen! *(Zwischenruf von Abg. Schwager.)*

Aber das Problem liegt ja wahrscheinlich woanders! Warum löst ein armer Mensch – ein Bettler – bei einigen Politikern vom BZÖ und von der ÖVP so eine Angst aus?

Was führt uns ein Bettler vor Augen? Warum ertragen einige den Blick dieses Elends nicht? Bettler führen uns vor Augen, dass der Wohlstand und eine gesicherte Existenz nicht für alle da ist. Nicht alle Menschen haben Teil an einem prosperierendem Fortschritt, sondern leben am Rand einer Gesellschaft. Sie begeben sich aber nicht freiwillig dorthin, sondern sie werden dorthin gedrängt! Durch eine aggressive, neoliberale Wirtschaftspolitik werden sie dorthin gedrängt. Das sind die sogenannten „Globalisierungsverlierer“. Die sind Menschen, die im Sinn der Leistungsfähigkeit beeinträchtigt sind, die Alkoholprobleme haben, andere Schwierigkeiten haben, keine Arbeit finden können in dem Land wo sie zuhause sind, aber trotzdem ihre Familien ernähren müssen.

Freilich führt uns dieses Bettelverbot auch eine europäische Dimension der Armut vor Augen, die aber nur durch ein soziales Europa beantwortet werden kann. Ein lokales Bettelverbot geht am Thema vorbei, verfehlt das Problem und ist nichts anderes als ein parteipolitischer Populismus, der das Problem nicht zu lösen im Stande ist. Bettler konfrontieren uns mit der Brüchigkeit von Wohlstand und Fortschritt. Sie zeigen, dass es auch ein anderes Europa gibt und sie zeigen aber auch, dass es ein anderes Kärnten gibt; - ein armes Kärnten! *(Abg. Rossmann: Das sind aber keine Kärntner Bettler!)* Und wir wissen vom Armutsbericht, dass Kärnten von der Armut bedroht ist. Wir haben nirgends so viele Pensionisten an der Armutsgrenze, wir haben nirgends so viele Alleinerzieherinnen und Frauen in präkeren Beschäftigungsverhältnissen, die an der Armutsgrenze sind, und so weiter. Not und Elend gibt es auch in unserem Land. Und einige möchten allzu gerne wegschauen und das Problem nicht wahrhaben und diese Realität verleugnen. Es wird halt sichtbar, dass es eine gesellschaftliche Selektivität gibt. Die einen profitieren von der Wirtschaftsentwicklung, von der Globalisierung, die anderen bleiben auf der Strecke des Elends, auf einer Einbahn, die in eine größte Not führt, wo sie von Globalisierungsheuschrecken hineingetrieben werden. Um diese Menschen müssen wir uns kümmern! Aber was machen wir mit ihnen? Was macht die Gesellschaft genau mit diesem Menschen an den Rändern, die sie selber erzeugt hat, diese Ränder. Jede Gesellschaft erzeugt ihre Randgruppen selbst! Wir kriminalisieren sie. Mit diesem Bettelverbot werden diese Globalisierungsverlierer auch noch kriminalisiert! Diese Menschen erleben eine doppelte Ausgrenzung. Erstens werden sie ausgegrenzt von einem Erwerbsprozess; dadurch

werden sie an diesen Rand gedrängt und zweitens werden sie auch noch kriminalisiert, stigmatisiert und noch einmal dafür bestraft, dass sie nicht mithalten können. Das Bettelverbot ist ein Zeichen von Kältherzigkeit und vor allem von Unbarmherzigkeit. Es ist ein menschenverachtendes Vorhaben und ich frage mich: Was soll denn dann der nächste Schritt sein, wenn wir jetzt das Betteln verbieten wollen? Wieso machts dann nicht gleich ein Gesetz, wo man die Armut verbietet? Machts ein Gesetz, wo man hineinschreibt: „Es wird jetzt die Armut verboten!“ Vielleicht kommen wir ja dann dem Thema näher. Im Kern geht's aber um Armut! Hier müssen wir die Ursachen bekämpfen und nicht die Symptome! Kärnten ist eine Armutsregion. Ich habe das schon erwähnt. Wir haben aber auch ein gutes soziales Netz, dennoch gibt es Menschen, die in Not geraten, für die das soziale Netz nicht fest genug gespannt wird und Menschen, die eben da durchfallen.

Zurückkommend aufs Betteln möchte ich noch erwähnen, dass das Betteln eine Form des Hilfesuchens ist und eine lange Tradition hat. Im Mittelalter gab es die Bettelorden, die Franziskaner, Dominikaner und so weiter. Und Betteln und spenden wurde dort als Würde aufgefasst. Der Heilige Martin soll – gerade die ÖVP möchte ich jetzt ansprechen – warum ist da nicht der Heilige Martin (*Abg. Lutschounig: Martinz heißt er!*) das christliche ... der Heilige Martinz – als ein Vorbild, ein christliches Vorbild oder der Franz von Assisi, der sich ja auch als Adeliger freiwillig in die Armut und in die Bescheidenheit begeben hat. Nächstenliebe und Barmherzigkeit waren wichtige christliche Gebote. Gelten sie heute nicht mehr für euch, ist die Frage? Gelten diese Gebote nicht mehr? Almosen und Spenden waren ja wichtig für den Ablass der Sünden. Und jetzt soll das Gebot der Barmherzigkeit durch ein Verbot, jemandem Hilfe zu gewähren, ersetzt werden. Da spielen wir nicht mit! Da sind wir dagegen!

Dieses Bettelverbot ist zynisch und unbarmherzig gegenüber den Ärmsten der Armen. In christlichem Sinn ist das eigentlich eine Versündigung am Mitmenschen! Schon im Mittelalter hat man aber gesagt, dass ... die herrschende Klasse hat auch damals Angst gehabt, durch das Lumpenproletariat bedroht zu werden und sie haben Bettler als eine Gefahr für ihre Herrschaft empfunden. Es gibt aber auf der anderen Seite, Gott sei Dank, eine sehr positive erfreuliche Weiterführung dieser christlichen Tradition. Das Betteln und Hilfesuchen ist bei uns in Wahrheit eine hochorganisierte und institutionalisierte Form der Nächstenliebe. Aktionen wie „Licht ins Dunkel“, „Nachbar in Not“, „Rettet das Kind“, Vereine wie Caritas Diakonie, Hilfswerk und viele andere mehr, sind hoch angesehene gesellschaftliche Institutionen, die sich der Linderung von menschlichem Leid verschrieben haben. All diese Dinge sind auch eine Form von organisiertem Betteln und das möchten wir unterstützen und fördern, aber nicht verbieten!

Das Bettelverbot bringt in Wahrheit eine konkrete Angst von ÖVP und BZÖ zum Ausdruck. Ich weiß nicht, was es ist, aber vielleicht steckt dahinter die Angst oder die Gefahr, selber in (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) ein politisches Elend abzurutschen, in eine politische Bedeutungslosigkeit. Und dafür wird jetzt ein Rundumschlag gemacht gegen die Bettler. Nur weil einige Politiker sich diesen Anblick nicht genehmigen und ersparen wollen, sollen einige Bettler bestraft werden. Ich würde sagen, da haben wir kein Bettlerproblem, da haben wir ein Politikerproblem! Und wir werden dieser Initiative „Bettelverbot“ nicht zustimmen! (*Beifall von Abg. Holub.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.*)

Mag. Lesjak

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Holub

(*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Du wirst jetzt das Gegenteil sagen!*) Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Tribüne! Ich denke, Ihr kennt's das alle. Den Zettel, den mir der Herr Gernot Haupt zugespült hat, und zwar eine geschichtliche Geschichte aus dem Jahr 1936: (*Zwischenruf von Abg. Mag. Ragger.*) „Kärntner Landtag fordert Bettellager!“ Die Quellenangabe ist aus dem Sammelakt „Bettellager in Kärnten – Landesarchiv“; es sind auch die Zahlen da. Und da steht: „Aufgrund der Zunahme des Bettlerunwesens fordert der Kärntner Landtag nun die Errichtung von eigenen Bettellagern.“ Der Beschluss des Landtages lautet im Wortlaut: „Der Herr Landeshauptmann von Kärnten wird dringend ersucht, dafür Vorsorge zu treffen, dass auch im Lande Kärnten, ähnlich wie in Oberösterreich, zur Bekämpfung des Bettel- und Landstreicherunwesens und für die Anhaltung arbeitsscheuer Personen, sofort eigene Arbeitslager eingerichtet werden!“ Das heißt, so ist man damals herangegangen. (*Einwand von Abg. Ing. Haas. – Unruhe im Hause.*) Und das mit den Bettlern war ja noch ganz normal. Eigentlich der Landesgewerbeverband hat sich dazu positiv geäußert. Die Landwirtschaftskammer, eine Baufirma hat sich schon angemeldet, sie könnte in kürzester Zeit Unterkunftsobjekte anliefern, zerlegbar, transportabel und auch gegen Ungeziefer und Fäulnis repariert. Da hats schon die ersten Interessenten gegeben für die Zwangsarbeiter in Wolfsberg. Und die hätten diese Arbeiter auch für die Güterwege verwendet. Ich meine, das Interessante daran ist, dass das als ganz normal gesehen wird und, dass (*Abg. Trettenbrein: Hast du selber keine Meinung oder ...*) – ja, was für jede Epoche

prägend ist, ist das, was als normal gesehen wird. (*Abg. Trettenbrein: Das einer allein soviel Blödsinn zusammenreden kann!*) Dort wird das ganz normal gesehen, dass man die Bettler einsammeln kann und, dass die dann umsonst arbeiten, weil sie ja arbeitsscheu sind.

Auch der Klagenfurter Bürgermeister hätte sie gerne gehabt für wichtige Verbesserungsarbeiten auf den Wörthersee-Grundstücken und für die Abflussverhältnisse der Glanfurt. Hat dann nachher – wahrscheinlich war das schon bezeichnend für jetzt – wieder zurückgezogen und hat gesagt, nein, das ist ihm zu teuer. Die finanzielle Lage der Stadtgemeinde kann sich das nicht leisten, obwohl die Arbeit umsonst ist. Aber das ist eine Diskussion die hat 1936 stattgefunden. Und so unähnlich ist es jetzt nicht. Was will ein Bettelverbot ... (*Abg. Ing. Scheuch: Das ist eine Sauerei!*) Was will ... Eine Sauerei passt da nicht herein! So unähnlich ist es nicht! (*Abg. Ing. Scheuch: Das ist ungeheuerlich!*) Man will betteln verbieten. Offensichtliches Betteln ist schon verboten. Was will man wirklich verbieten? Man will eigentlich verbieten, dass das was hier Armut ist – und soll sie auch aus anderen Ländern kommen – ich meine, die Gesetze gelten ja für uns, die gelten ja nicht nur explizit für Ausländer die dort arm sind. Die sind halt dort arm, kommen zu uns und zeigen uns ihre dortige Armut auch. Und das ist weder christlich, noch ist es sozial, dass man das einfach verbietet, weil es ändert sich ja nichts daran. Das Verbieten machts ja nur weniger sichtbar. Wir müssen uns die Armut nicht mehr ansehen, also schützen wir uns vor der Armut, indem wir uns eine Sonnenbrille aufsetzen. Das ist nicht der Sinn und Zweck! Hier muss man europäisch eingreifen in einer europäischen Dimension und die Armut dort lindern, aber nicht indem man sie verbietet. Deswegen sind wir nicht dabei! Danke schön! (*Abg. Ing. Scheuch meldet sich zur Geschäftsordnung.*)

Holub

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Ing. Scheuch

Herr Präsident! Ich verbiete mir Debatten, die in den tiefsten, dunkelsten Zeiten Kärntens hier geführt wurden, mit dem heutigen Landtag und mit Debatten, die hier heute geführt werden zu vergleichen. Der Abgeordnete Holub hat das getan, (*Abg. Mag. Lesjak: Stimmt ja gar nicht! Hört einmal zu!*) und es ist für mich eine Ungeheuerlichkeit und der Würde des Hohen Hauses schwerst schadet!

Ing. Scheuch

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Lobnig

Danke! Das wird so zur Kenntnis genommen. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann Dr. Kaiser.

Bitte!

Lobnig

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Mag. Dr. Kaiser

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Zwei Vormerkungen: Kollege Holub als Vorredner hatte – als du noch nicht herinnen warst, Klubobmann Scheuch – das bereits als Quellenangabe genannt, also zitiert. Und ich denke, zitieren wird im Kärntner Landtag noch erlaubt sein müssen! Zweite Bemerkung ... (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Er hat einen wertenden Vergleich gemacht! – Gleichzeitiger Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.*) Er hat das zitiert und jeder von euch hat doch dieses E-Mail bekommen! Also, tuts nicht ... Zweite Bemerkung: Kollege Grilc, du hast eingangs gemeint: Na, man wird dich auch notfalls ohne Mikrophon verstehen. Diesmal muss ich sagen, hören ja, aber verstehen in dieser Causa nicht! Und ich möchte das kurz herausarbeiten.

Meine Damen und Herren! Ich halte diese heutige Debatte als eine, die im Wesentlichen versucht darauf abzielen, nicht die Bettelei als solches, aber den Bereich der Armut – wie er bereits des öfteren von mir erwähnt worden ist – als solches zu brandmarken. Ich möchte das auch begründen. Es hat sich bereits, bevor der Antrag überhaupt im zuständigen Ausschuss behandelt wurde, ein medialer Wettbewerb zwischen BZÖ, ÖVP und FPÖ ergeben, wer denn wo als Erster entsprechende Anträge zu einer Durchsetzung des Bettelverbotes eingebracht hat. Im zuständigen Ausschuss ist das Ganze relativ rasch und kurz behandelt worden. Innerhalb einer Sitzung wurden, obwohl es rechtliche, obwohl es faktische Bedenken gegeben hatte, obwohl es vom Sicherheitsdirektor für Kärnten die Aussage gegeben hatte – ich zitiere: „Bettelei sei zweifelsohne nicht prioritär zu behandeln. Die Quantität hält sich in äußerst überschaubaren Grenzen.“ Damit man das auch in Zahlen gießen kann: Von über 25500 angezeigten Delikten haben sich nach einer Anstandsverordnung gerade mal 50 in den weitesten Bereich der Verletzung von Anstand, also noch immer

nicht klar definierter Bettel, bewegt. Das ist in etwa, wenn man es ausrechnet, ein Promille aller Anzeigen, damit man weiß, um welches Problem wir uns hier im Hohen Haus wirklich unterhalten. Aber was dahintersteckt ist etwas Anderes. Und das ist es, was es wert macht, dass von dir zitierte – Kollege Trettenbrein – Theater doch etwas mitzuspielen, aber dann mit einer Rolle, die auch notwendigerweise einer entspricht, die versucht darzustellen, was wirklich dahintersteckt.

Betteln tritt zunehmend als Begleiterscheinung einer kommerziellen Gesellschaft und als Randerscheinung einer kapitalistischen Wirtschaftspolitik in den Blickwinkel des gesellschaftspolitischen Bewusstseins. Aber einher damit geht eine Marginalisierung, ja sogar eine Stigmatisierung, Brandmarkung und Isolierung von Armut. Betteln heißt – und man soll einmal die Definition anschauen, damit wir auch wissen, wovon wir hier reden – betteln heißt: „Von einer fremden Person ein Geschenk für sich oder Angehörige anzusprechen, unter Hinweis auf Bedürftigkeit, möge diese wirklich bestehen oder nur vorgetäuscht sein!“ Meine Damen und Herren, das ist die Definition vom Betteln! Und was diese Debatte hier auslöst haben wir teilweise schon in der Streitkultur, teilweise in verschiedenen Befragungen gehört. Argumentiert wird dieses Gesetzesbegehren mit dem Kampf gegen das sogenannte „organisierte Betteln“. Resultat und jetzt bereits feststellbar ist jedoch, dass das Kriminalisieren vom Bitten um Hilfe generell als ein Mögliches herauskommen kann. Es hat bereits Anrufe gegeben – und meine beiden Kollegen Grilc und Ragger haben das ja selber mitbekommen – dass Leute gesagt haben, aber der ORF, warum kümmert er sich so sehr darum, er tut doch selber auch nichts anderes als betteln bei „Licht ins Dunkel“ und, und, und.

Meine Damen und Herren! Mit dieser sichtbarsten Erscheinungsform des physischen Bettelns werden auch alle anderen Dinge, ob sie das vorhaben oder nicht, indirekt mitkriminalisiert, zumindestens aber im Denken, Empfinden und Auffassen der Bevölkerung als solches gesehen. Und ich möchte Ihnen noch ein zweites Beispiel, das ich auch schon einmal kurz angeführt habe, mit auf dem Weg geben zur Beschlussfassung oder hoffentlich nicht zur Beschlussfassung. Wenn ich mir nur beispielsweise am Wochenende die Jet-Set-Aufnahmen vom Ski-Event in Kitzbühel angesehen habe ... (*Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.*) wo da halbstundenlang Buffets und wichtiger Reichtum und alles Mögliche dargestellt wurde ... (*Mehrere gleichzeitige Zwischenrufe aus der F-Fraktion. – Abg. Rossmann: Aber der Herr Gusenbauer war auch dort! Und die Frau Bures war auch dort! – Lärm und Unruhe im Hause.*) und mir gleichzeitig auch anschauete ... alle, inklusive, ja alle inklusive! Alle inklusive! Ja, wir gehören alle zur Gesellschaft! Sie genauso wie ich ... (*Es erfolgen weitere Zwischenrufe aus der F-Fraktion. – Abg. Trettenbrein: Erste Reihe fußfrei! – Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause.*) Alle inklusive! Ja, da können wir noch ein paar aufzeigen. (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Alle! Ja, ich sage ... (*Vorsitzender: Bitte um mehr Aufmerksamkeit! Am Wort ist der Herr Klubobmann Kaiser!*) Alle! Alle! Und in Wirklichkeit diese Bilder, Luxus, Reichtum, was man sich leisten kann darstellen, und ich gleichzeitig gewusst habe, dass wir uns am nächsten Tag mit Schattenseiten dieses sozialen Lebens auseinandersetzen haben, dann zeigt das eigentlich, welcher Bandbreite unsere Gesellschaft ständig ausgesetzt ist. Und das ist das, was ich vermitteln möchte.

Und natürlich wird niemand von uns, niemand von uns organisierte Bettelei befürworten. Aber ist und muss wirklich alles gesetzlich sofort verboten werden, nur weil man es als solches nicht unbedingt als richtig empfindet? Es gibt generelle Verbote, meine Damen und Herren in vier Bundesländern. Keines ist wirklich in der Lage, dieses Verbot dann im konkreten Anlassfalle zu exekutieren. Ich zitiere jetzt den Vizebürgermeister ÖVP von Salzburg, Stadt Salzburg, der dort gesagt hat: „Naja, wir haben zwar ein Gesetz, aber sobald wir jemanden den Bescheid oder die Verurteilung zustellen wollen, ist er schon längst weg.“

Also ist auch die Praktikabilität dieses Gesetzes als solche mehr als in Frage zu stellen. Faktum ist: Ein Verbot würde ausschließlich die Erscheinungsform, überhaupt jedoch nicht die Ursache dieser genannten Problematik bekämpfen.

Es wird weiters argumentiert, ein Verbot diene der Sicherheit. Sogar Prävention und Ähnliches werden herangezogen. Ich frage mich: Wovon will man eigentlich die Kärntner Bevölkerung schützen? – Der Landessicherheitsdirektor hat gesagt, dass der derzeitige in Kärnten vorkommende Bettel weder aggressiv noch kriminell noch gefährlich ist, und wenn es Übertretungen geben sollte, der Schutz gesetzlich heute, bereits jetzt, mehr als gegeben ist; zumindest was Belästigung, körperliche Aggression oder der Missbrauch von Minderjährigen und Unmündigen als Gegenstand ist. Daher bleibt und reduziert sich die Frage eines solchen Verbotes doch darauf: Was will man politisch erreichen? Wen will man hier nach dem Maul reden? Und was sind die tieferen Absichten? Welche Klientel will man damit bedienen? Das ist das, was sich letztendlich jeder Vertreter und jede Vertreterin – egal, welcher politischen Anschauung – für sich selbst beim Heben oder Nichtheben der Hand überlegen sollte.

Ich möchte zum Abschluss kommend darauf verweisen, dass es nicht damit genug ist, so etwas zu kritisieren, zu befürworten. Notwendig ist das Helfen vor Ort! Wir haben gerade sehr einig beim letzten Tagesordnungspunkt, beim Ersten, über den Global-Marshall-Plan auch artikuliert, dass Hilfe dort am Wirksamsten ist, wo Armut entsteht, nämlich vor Ort. Das gilt interkontinental, das gilt aber auch für den eigenen Kontinent. Auch bei aller

Kritik, die da und dort berechtigt ist, ist die Europäische Union die einzige internationale Organisation und Staateneinheit, die zumindest innerhalb dieser 1,5 % des Bruttonationalproduktes, das als Nettoeinzahlungsaspekt gesehen wird, so etwas wie Ausgleich, so etwas wie Solidarität ansatzweise walten lässt. Das ist auch der Bereich, bei dem ich glaube, dass es mittelfristig im Globalzusammenhang Möglichkeiten geben muss, hier Verbesserungen zu setzen; dort, wo Armut entsteht, ihr zu begegnen; dort, wo Armut fristet mit Arbeitsplatzmöglichkeiten dem entgegen zu treten und dann damit das zu verhindern, das offensichtlich mit dieser Intention gewünscht ist: dass nämlich „organisiertes“ – was immer das bedeuten mag – Betteln von Nichtösterreichern hier bei uns nicht mehr stattfindet.

Letzter Punkt, nur damit wir auch wissen, wie sehr wir diese internationale Politik forcieren: Das Budget für den Entwicklungspolitischen Beirat für entwicklungspolitische Projekte in Kärnten beträgt sage und schreibe gerade einmal 68.000 Euro – um damit auch einmal festzusetzen, wie sehr wir dann, wenn wir vor Ort helfen wollen, auch bereit sind, dies monetär in letzter Konsequenz darzustellen.

Letzte Bemerkung, nachdem der Kollege Schwager das als ein Beispiel gebracht hat, wie es ihm emotional geht: Ich kann das Emotionale verstehen. Ich würde mir nur manchmal wünschen, dass wir beim Schutz, beim Entgegenkommen von Menschen die gleiche Wärme, die gleichen Gefühle walten lassen, als wir es vielfach beim Tierschutz tun! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Ragger das Wort.)

Mag. Dr. Kaiser

Abgeordneter **Mag. Ragger (F):**

Mag. Ragger

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Die Diskussion – nichts anderes habe ich erwartet – von Seiten der Grünen als auch von der SPÖ zielt letztendlich darauf ab, Ängste zu schüren, im umgekehrten Sinn Zitierungen vorzunehmen, aus Zeiten des Jahres 1935, die sich bei Gott keine Fraktion, keine politische Partei oder auch die Bevölkerung selbst nicht mehr wünscht. Um welchen Anlasspunkt es in diesem Fall jetzt bei dieser Regelung geht, ist nichts Anderes, wie auch andere Bundesländer bereits seit längster Zeit umgesetzt haben. Da sollten Sie sich an der eigenen Nase nehmen, speziell die SPÖ, denn das ausführlichste und eindeutigste Gesetz besteht in Wien. Denn in Wien ist Betteln verboten, organisiertes Betteln verboten und Kinderbetteln verboten. Geregelt ist das, und jeder hat das im Verfassungsausschuss zur Kenntnis bekommen, im § 2 des Wiener Landessicherheitsgesetzes, das Betteln in aggressiver Weise oder Betteln von beteiligten, organisierten Gruppen sogar mit Strafe bis zu 700 Euro unter Strafe stellt. Selbst Salzburg, selbst Tirol und sogar die Steiermark haben mittlerweile ihre Sicherheitspolizeigesetze dahingehend geändert und letztendlich dieses Bettelverbot eingeführt. Weil da Dr. Kaiser doch die Frage stellt, warum wir so unsozial sind oder auch vielleicht früher, im Mittelalter, war es einmal zur Sündentilgung gedacht, wenn man Almosen gegeben hat, wie die berühmte Wiener Bettelverordnung von 1743. Es gibt die Nürnberger Bettelverordnung von 1478, man eine lange Tradition in diesen Bereichen pflegt. Es hat sogar bis 1885 das Landstreichergesetz gegeben, das letztendlich aufgehoben worden ist.

Uns geht es nicht darum, zu polarisieren, sondern einen Unmut in der Bevölkerung einmal aufzugreifen und klarzulegen, dass das nicht gewollt ist. In erster Linie sind wir heute in einer Leistungsgesellschaft. Jeder Bürger und jede Bürgerin im Land Kärnten geht der Arbeit nach und sie verspüren einfach einen Unmut, wenn das hart verdiente Geld oder wenn sie ihr Einkommen tagtäglich verdienen müssen, letztendlich sie in Klagenfurt oder vielleicht in Villach auch freiwillig für Bettlerei hergeben müssen. Uns geht es in erster Linie darum, zwei Begriffe verwaltungsstrafrechtlich in das Landessicherheitspolizeigesetz aufzunehmen. Ich habe kein Verständnis dafür, dass Kinder im Kleinstalter an die Straßenecke gestellt werden, denn das kann nicht Ausdruck ihres Willens sein, zu betteln. Es kann auch nicht der Fall sein, dass oft – aus dem Ausland, nehmen wir ein Beispiel heraus, das bekannt ist, aus Rumänien oder Bulgarien – Personen oder Bürger kommen, die vielleicht organisiert sind oder auch nicht, das sei dahin gestellt, dass letztendlich diese hergehen und in bewusster Weise hier unter dem Vorwand, dass das soziale Gewissen vielleicht getroffen werden könnte, betteln. Wenn das der Fall ist, dass das unterstützt wird, dann ist es nicht unsere rechtspolitische Ansicht. Ganz klar haben wir das auch im Ausschuss dargelegt. Natürlich hat der Sicherheitspolizeidirektor gesagt, dass es jetzt noch nicht solche Auswüchse gibt. Das ist richtig. Es sind 50 bis 55 Fälle im Jahr in Klagenfurt, aber nur deswegen, weil es in anderen Gemeinden gar nicht bestraft werden kann, weil es keine gesetzliche Regelung dafür gibt, und Villach das auch nicht gewollt hatte. Uns geht es in erster Linie darum, eine Rechtssicherheit dahingehend zu schaffen. Es geht darum, Prävention zu üben. Natürlich ist das Gesetz, das im Entwurf ja kommen sollte, sicherlich genau zu determinieren, ansonsten es natürlich fallen wird. Aber wir wollen in erster Linie Prävention.

Das sollte heute Ausdruck dieses Antrages sein, und das sollte letztendlich Ausdruck eines Gesetzes sein, mit dem das Landessicherheitsgesetz geregelt wird. Noch einmal klar gelegt: Das organisierte Betteln, das aggressive Betteln, das Kinderbetteln, das sollte geregelt werden. Das soll uns in Kärnten gelingen, denn letztendlich geht es darum, dass unsere Bevölkerung, die ihre Aufgaben und ihre entsprechenden Pflichten tagtäglich leisten müssen, darauf vertrauen kann und nicht in erster Linie hier Vorschub zu leisten, dass organisiertes Betteln oder aggressives Betteln hier Platz greifen kann. Das ist eine Aufgabe, die das Land wahrzunehmen hat, damit auch die Gemeinden letztendlich diese Möglichkeit haben, es zu exekutieren.

(Beifall von der F-Fraktion)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort.)

Mag. Ragger

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Mag. Cernic

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nach dieser Wortmeldung vom Kollegen Ragger trotzdem noch einmal auf die Vorgänge im Ausschuss zurückkommen und noch einmal festhalten, dass im Ausschuss eindringlich von den Auskunftspersonen, aber auch von den Vertretern der Verfassungsabteilung darauf aufmerksam gemacht wurde, dass es für aggressive Formen des Bettelns, Anstandsverletzungen und dergleichen bereits ausreichend Schutzbestimmungen gibt, um dagegen vorzugehen. Das heißt also, mit diesem Antrag auf eine Änderung des Landessicherheitspolizeigesetzes kann das aggressive Betteln offenbar nicht gemeint sein, weil dagegen gibt es bereits Möglichkeiten, vorzugehen.

Es ist von der Vertreterin der Verfassungsabteilung auch eindringlich darauf aufmerksam gemacht worden, dass es im Sinne der immer wieder herbei beschworenen Deregulierung der Landesrechtsordnung nicht zielführend ist, noch weitere Passagen in Gesetze aufzunehmen, die im Prinzip nichts Anderes können als das, was sowieso schon in verschiedenen anderen Rechtswerken geregelt ist.

Es stellt sich also die Frage: „Wogegen oder gegen wen soll sich das, was in diesem Antrag gefordert wird, richten?“ Denn das ist absolut nicht klar.

Wenn man nicht so wie andere Länder, sinnloserweise, eine Passage hineinnehmen will, gegen aggressives Betteln, dann bleibt als zweite Möglichkeit nur eine Passage, mit der man ganz allgemein das Betteln verbietet. Das aber – und das haben auch einige von Ihnen sehr deutlich gesagt – ist eigentlich so auch wieder nicht gemeint gewesen. Das lässt sich mit westlichen Wertvorstellungen wohl nicht vereinbaren; außerdem ist da eh nicht die "Ein-Euro-Frau" in Klagenfurt gemeint, außerdem ist der struppige Hund vom Bettler sowieso eh so sympathisch. Also die sind alle nicht gemeint. Ich frage Sie: Wer ist dann gemeint? Wen meinen Sie damit? – Es gibt bereits ausreichend Möglichkeiten gegen aggressives Betteln. Es gibt aber keine Möglichkeit, sozusagen jemanden an der Nasenspitze anzusehen, ob er organisiert ist, wobei wiederum nicht geklärt ist, was unter dem Terminus „organisiert“ zu verstehen ist - *(Zwischenruf des Abg. Mag. Ragger)* einer, der still sitzt und eine demütige Geste des Bettelns macht oder nicht.

Aus diesem Dilemma gibt es keinen Ausweg. Daher ist dieser Antrag, so wie er formuliert wurde, wirklich sinnlos. Ich habe schon im Ausschuss darauf hingewiesen, wie sinnlos er ist. Ich habe herzlich darum gebeten, man möge den Tagesordnungspunkt unterbrechen, um zu einer qualifizierten Diskussion darüber zu kommen, wo es eventuelle Notwendigkeiten der Regulierung geben kann. Denn das Ziel kann ja wohl nicht sein, ein stilles Betteln, also die letzte Möglichkeit eines Menschen, in Armut um Hilfe zu bitten, zu unterbinden, nur weil einzelne Bürgerinnen und Bürger meinen, diesen Anblick nicht aushalten zu können. Das kann ja wohl wirklich nicht das Ziel sein!

Wir haben in dieser Diskussion auch vorgebracht, dass es auch nicht ganz geklärt worden ist, ob zum Beispiel ausreichende Schutzbestimmungen gegen das Mitnehmen von Minderjährigen gegeben sind. Wir haben angeboten, darüber zu diskutieren, ob es hier möglicherweise Regelungsbedarf gibt. Das hat aber niemanden von den anderen Parteien interessiert, die diesen Beschluss gefasst haben. Sie wollten diesen Text gegen das organisierte Bettelunwesen beschließen – ob das Ganze Sinn macht oder nicht. Dann sind wir wieder zurück bei der Frage: Wer soll hier bedient werden? Wir sind zurück bei der Betrachtung, dass halt damit, nachdem man ja „organisiert“ nicht an der Nasenspitze ansehen kann, die Fremden gemeint sind. Wir haben nichts Anderes hier, als den erneuten Versuch der oberflächlichen Behandlung, ohne sich mit der Problematik intensiv auseinander zu setzen, ohne die Bereitschaft zu haben, sich im Ausschuss damit auseinander zu setzen. Es wurde wieder einmal dem Wunsch nachgegeben, fremdenfeindliche Gefühle zu bedienen und damit halt wieder Wählerstimmen zu erhaschen, indem man sich an die Bauchgefühle wendet, ohne sich mit einer Materie ordentlich auseinander zu setzen. Aus diesem Grund gibt es heute mit diesem Antrag keinen sinnvollen Auftrag an die Landesregierung. Daher werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und den Grünen)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.)
Mag. Cernic

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo (F):**

Dipl.-Ing. Gallo

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Frau Kollegin, danke für die Aufmerksamkeit! Ein Kompliment darf ich Ihnen schon machen: Sie haben es mit Ihrer eben geäußerten massiven Blauäugigkeit ausgezeichnet geschafft, Ihr schönes rotes Kostüm zu überdecken! (Abg. Mag. Cernic: Herr Kollege, Ihr Charme haut mich immer wieder vom Sessel! – Heiterkeit in der SPÖ-Fraktion.) Sie sind nicht die Einzige! Es freut mich, dass ich von Ihnen Zustimmung finde! (Dies wird auf heitere Weise vorgetragen. – Abg. Tauschitz: Auf deine alten Tage bekommst du immer wieder Komplimente! – Es herrscht Lärm im Hause. – Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Ich bitte, wieder zur Sache zurückzukommen!) Na, wenn das nicht Bettelei ist, dann sind wir uns einig! Meine geschätzten Damen und Herren! Aufgrund der vorhergehenden Wortmeldungen möchte ich doch eindeutig festhalten, worum es uns geht. Es geht uns um das organisierte und um das aggressive Betteln! (Beifall von der F-Fraktion. – Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.) Wir brauchen dabei – da sind wir der festen Überzeugung – so etwas wie ein Werkzeug, um das einzudämmen, um das zu verhindern und um das gar nicht erst aufkommen zu lassen! Uns geht es um den Schutz der Bevölkerung, um auch diese Frage zu beantworten! Uns geht es aber auch um den Schutz der hierbei oft ausgebeuteten und missbrauchten Bettler und Bettlerinnen! Und uns geht es auch um Kinder und auch um alles im Hinblick auf Prävention! Also zusammengefasst: Uns geht es um Sicherheit für alle! (Zwischenruf von Abg. Mag. Lesjak.)

Man kann jetzt verschiedener Meinung sein, warum Menschen auf der Straße betteln. Es ist in Kärnten nicht notwendig! Wir haben – und das ist unbestritten und da sind viele, auch die SPÖ, sehr stolz darauf – ein sehr dichtes, soziales Netz! Gerade zuletzt haben wir die Mindestsicherung beschlossen! (Abg. Mag. Lesjak: Dann brauchen wir Licht ins Dunkel auch nicht mehr!) Ich gehe davon aus, dass das auch umgesetzt wird! Wir haben die Grundversorgung auch für hilfs- und schutzbedürftige Fremde beschlossen! Einstimmig, oder nicht ganz, der Herr Kollege Schwager war nicht der Meinung. Es gibt also keinen ersichtlichen Grund. Wenn wir schon bei angeführten Beispielen sind: Die Ein-Euro-Frau wird wahrscheinlich weiter um 1,-- Euro bitten. Wenn Sie wissen wollen, was sie damit tut: Sie geht und setzt das in Alkohol und in Rubbellose um. Sie wartet halt auf das große Glück, soll sein! Und auch der liebe Hund vom Franz Schwager: Ich habe hier gesagt, es war ein Fehler, dem Mann mehr Geld zu geben, denn ich lade Sie alle ein, machen Sie einen Test. Wenn Sie angebettelt werden, laden Sie denjenigen zu einem Essen ein. Sie werden erstaunt sein, wieviele oder besser gesagt wie wenige mit Ihnen mitgehen! Ich habe das gemacht, ich weiß wovon ich rede!

Dann war da noch die Frage: Warum jetzt? Oder anders gefragt: Warum sollen wir das Ganze nicht machen? Ich glaube, dass durch noch so viele beschönigende Wortmeldungen von den Fahrgemeinschaften, die ich mir da notiert habe bis zum Anblick der Bettler, die Schuldgefühle wecken das organisierte Betteln abzulehnen ist, wenn dafür Menschen missbraucht werden. Das ist das Problem! Und natürlich hat jeder eine andere Hemmschwelle! Dem ORF ist für zwei Beiträge zu danken. Einmal im „Report“, wo Bilder aus der Slowakei über den Bildschirm geflimmert sind, bei denen gezeigt worden ist, in welchen miserablen Verhältnissen Bettler dort wohnen! Aber interessanterweise gibt es eine Auto, um nach Österreich betteln zu fahren. Hier wird also falsch investiert. Oder zuletzt, weil es immer wieder bestritten wird, dass hier etwas Organisiertes läuft: Gehen Sie um den Landhaushof, gehen Sie auf den Alten Platz, gehen Sie in die Wiener Gasse, gehen Sie in die Kramergasse und beobachten Sie das einmal eine zeitlang: Auf einmal hüpfen alle auf, die dort kniend betteln und kurze Zeit später kommt die Polizei! Hier ist Organisation am Werk und zwar eine sehr ausgetüftelte! Es ist also nicht so, dass das niemanden interessiert. Die Medien haben berichtet, berichten weiterhin. Auch der Gemeindebund beschäftigt sich damit. Hier habe ich eine Gemeindebundzeitung: „Ist betteln erlaubt?“ Viele Abhandlungen darüber! Nur hier wird so getan, dass das Ganze nichts bedeutet. Es gibt auch einen sehr Prominenten im Vatikan, nämlich den Bischof Guerino Di Tora, der in der römischen Tageszeitung "Il Messaggero" erwähnt hat, oder der zitiert wird: „Man sollte Bettlern kein Geld geben, vor allem wenn es Kinder oder Behinderte sind! Sie sind Opfer von kriminellen Organisationen, die sie ausbeuten. Man soll sich nicht vom Mitleid hinreißen lassen! Die Almosen lösen die Probleme nicht, wenn dahinter kriminelle Banden stehen.“ – so dieser Bischof, der immerhin Präsident der römischen Caritas ist.

Ich weiß schon, wir sind heute in einer Parallele. Auch bei den Ortstafeln hat ja die SPÖ in Wirklichkeit ein internes Problem. Der Berichterstatter hat den Ausgangspunkt Villach zitiert. Da ist im Vorjahr, irgendwann im März, ein Antrag beschlossen worden. Und die rote Parteizeitung hat den Bürgermeister dann sehr angegriffen, worauf er sich dann in einem Leserbrief sozusagen gerechtfertigt hat. Nämlich mit dem, was ich vorhin auch gesagt habe: In Villach muss keiner betteln gehen! Ich habe das nur auf Kärnten ausgeweitet. Das Ganze ist offensichtlich doch ein Thema. Denn auch die Woche schreibt: „Sind Betteltouristen ein Problem für Villach?“

Was das Problem für Villach tatsächlich ist, ist, dass das Ganze auch sozial sehr einseitig betrachtet wird. Denn für den Sozialmarkt in Villach, wo Bedürftigen geholfen werden kann, gibt es von der SPÖ in Villach leider kein Geld! Also, diese Doppelbödigkeit, die hier doch ein bisschen zu sehen ist, sollte man auch ansprechen. Wir werden damit kein Problem bekommen. Ich möchte daher ausdrücklich festhalten, dass diese Beschlussfassung hier mit der Armut in Kärnten nichts zu tun hat! Und dass sie ebenfalls nichts – weil das meine Vorrednerin erwähnt hat – mit einer Ausländerfeindlichkeit zu tun hat! Da gibt es viele andere Keulen auch noch dazu. Es tut mir leid, dass der Abgeordnete Holub jetzt nicht hier ist. Das war unterste Lade, was er hier zum Besten gegeben hat, auch wenn er einen Herrn Mag. Haupt, der mit unserem Behindertenanwalt nichts zu tun hat, zitiert hat!

Ich sage Ihnen einmal meine persönliche Erfahrung: Ich bin im Krieg mit meiner Mutter allein auf der Straße gestanden. Aber meiner Mutter wäre es nie eingefallen, betteln zu gehen. Wir haben überlebt und ich stehe heute vor Ihnen und bin stolz darauf! Und auch die andere Keule ... – dauernd mit diesen Nazigeschichten zu kommen. Ich habe sieben Brüder meiner Mutter verloren – drei haben die Nazis umgebracht, drei die Kommunisten und der siebente ist durch ein Unglück ums Leben gekommen. Mir braucht niemand etwas erzählen und mir hier auch kein schlechtes Gewissen einreden. Mir geht es hier – und der Kollege Ragger hat das auch erwähnt – um Prävention! Wir haben Beispiele aus den anderen Bundesländern, in denen es Regelungen gibt! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Denn die ersten, die dann kommen werden – wenn das Ganze ausufert – werden genau die sein, die jetzt sagen, dass es kein Problem gibt. Und die schlimmen Politiker haben nichts getan! Haben die denn geschlafen? Jeder hat darüber gesprochen! Wir sehen diese Beschlussfassung heute hier als Startschuss für eine breite – und die Frau Kollegin Cernic hat gesagt: qualifizierte – Diskussion. Sehr gut! Die wollen wir haben! Denn wenn jetzt ein Gesetz ausgearbeitet wird und in Begutachtung geht, bekommen wir genau die qualifizierte Diskussion. Die wollen wir, der stellen wir uns! Uns deshalb werden wir weiterhin die Sorgen der Menschen ernst nehmen und für Lösungen eintreten – einmal früher, einmal später! Aber wir werden uns durch noch so viele Keulen hier nicht daran hindern lassen! *(Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Ing. Scheuch: Bravo, Jo!)*

(Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, erteilt der Vorsitzende dem Berichterstatter das Schlusswort. – Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Dipl.-Ing. Gallo

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Mag. Grilc

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag einen Entwurf über eine Änderung des Kärntner Landes- und Sicherheitspolizeigesetzes vorzulegen, welcher sicherstellt, dass die Stadtgemeinden und Gemeinden gegen das immer stärker um sich greifende organisierte Bettlerwesen einschreiten können.

Ich ersuche um Annahme.

Mag. Grilc

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Lobnig

Die Annahme wurde beantragt. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand! – Das ist ebenfalls mit Mehrheit so beschlossen.

Geschätzte Damen und Herren! Wir kommen nun zur Abarbeitung, zur Behandlung der vorgezogenen Dringlichkeitsanträge und ich ersuche den Landtagsdirektor, hier die Verlesung vorzunehmen!

**Stenographisches Protokoll der 37. Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 1. Februar 2007, S. 3371 - 3381**